

II-8575 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4238/J

1993 -01- 29

A N F R A G E

der Abgeordneten DDr. Erwin Niederwieser, Mag. Walter Guggenberger, Dr. Lothar Müller und Genossen

an den Bundesminister für Justiz

betreffend rechtsextreme Computerspiele und der Potenzierung von Gewalt im Umfeld von Kindern und Jugendlichen

Wie aus einer Studie des Unterrichtsministeriums (Informationsmappe des BMUK, Juli 1992) hervorgeht, kommt es in Österreich zu einer großen Verbreitung von Computerspielen mit eindeutig rechtsradikalem Inhalt. Die Weiterleitung dieser jugendgefährdenden Propagandaprogramme erfolgt hauptsächlich über Computernetzwerke (Mailboxen), sowie an Schulen, durch die Schüler selbst.

Kinder und Jugendliche sind gerade in ihrem intimsten Lebensbereichen einer ständig steigenden Flut von Gewalt und Brutalität ausgesetzt. Die Vermittlung dieser Aggressionen erfolgt über Fernsehen, Werbung, Video und Brutalspielzeug jeder Art und führt zu schweren und weitreichenden Beeinträchtigungen im sozialen Verhalten.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für Justiz daher nachstehende

A n f r a g e:

1. Welche Gegenstrategien wurden oder werden von Ihnen entwickelt, um die ungesetzliche Verbreitung solcher illegaler Software zu unterbinden?
2. Halten Sie eine gesetzlich vorgeschriebene Identifikationspflicht für Benutzer von Mailboxsystemen für sinnvoll?

3. Sollte die Neuschaffung solcher Systeme von der Identifikationspflicht der Benutzer abhängig gemacht werden?
4. Halten Sie die behördliche Registrierungspflicht für Modems oder ähnliche Apparate zur Eindämmung von ungesetzlichen Anwendungen für ein taugliches Mittel?
5. Wie wollen Sie diesem, seit geraumer Zeit auftretenden, Phänomen des Brutalitäts- und Gewaltkonsums entgegenwirken und welche Maßnahmen halten Sie dazu für geeignet?
6. Die getroffenen Sozialpartnervereinbarungen bezüglich "Kinder und Werbung" und dem "Verkaufsverbot für brutalisierendes Spielzeug" haben leider keine wirkungsvolle Beschränkung dieses Bereiches gebracht. Werden Sie gesetzliche Maßnahmen ergreifen, um den breiten gesellschaftlichen Konsens in dieser Frage in die Tat umzusetzen?